

# Sozialismus.de

Heft 6-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Katharina Grabietz/Kerstin Klein: #FAIRWANDEL

F. Astleithner/J. Flecker: Gewerkschaften in Österreich

Beiträge u.a. von

Katrin Lompscher, Raul Zelik, Thomas Jaitner, Klaus Bullan, Joachim Bischoff, Bernhard Müller, Kai Mosebach, Stephan Krüger, Fritz Fiehler

**Forum  
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelles immer auf der Website – ohne Paywall!

Die Redaktion veröffentlicht eigene aktuelle Bewertungen politisch-ökonomischer Ereignisse sowie Beiträge von weiteren Autor\*innen zwischen den monatlichen Printausgaben auf

[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Zum Beispiel zum EuGH-Urteil zur Arbeitszeiterfassung:

## Das Gespenst Stechuhr

Bei ihrem erneuten Angriff auf den Acht-Stunden-Tag und das Arbeitszeitgesetz haben die Wirtschaftsverbände Gegenwind von den Richtern des Europäischen Gerichtshofs bekommen. ...

oder zur »Causa Strache«:

## Entlarvung der rechten Saubermänner

Ein heimlich aufgenommenes Video bedeutet das Ende der schwarz-blauen Regierung und eine Staatskrise in Österreich. ...

oder zur Zuspitzung am Golf:

## Niemand hat die Absicht, einen Krieg zu beginnen

Die Lage am Golf spitzt sich weiter zu, auch wenn die US-Regierung betont, dass sie keinen Krieg gegen Iran wolle, und der iranische Revolutionsführer Ali Chamenei versichert, dass es keinen Krieg geben werde. ...

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent\*innen und Leser\*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Anti-Establishment- und EU-Kritik von rechts

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:  
Aufstieg der »modernen Rechten« ..... 2

## Real existierende soziale Marktwirtschaft

Björn Radke:  
Sozialistische Systemkritik an den Eigentumsverhältnissen ..... 10

Redaktion Sozialismus:  
Mietenwahnsinn und Alternativen ..... 13

Der Kampf ums Wohnen – Berlin als Labor für städtische Demokratie  
Interview mit Katrin Lompscher ..... 18

## Wahlen in bewegten Zeiten

Thomas Jaitner: Die Wiederauferstehung der PSOE als Chance für eine progressive Politik? Eine Auswertung der spanischen Parlamentswahlen ..... 23

Raul Zelik:  
Katalonien verhindert Rechtsruck in Spanien ..... 28

Klaus Bullan: Wahlen in Südafrika –  
ein starkes Mandat für Cyril Ramaphosa? ..... 32

## Forum Gewerkschaften

Katharina Grabietz/Kerstin Klein: #FairWandel. Für eine Industriegesellschaft, die weder Mensch noch Klima auf der Strecke lässt ..... 36

Franz Astleithner/Jörg Flecker: Gewerkschaften in Österreich  
Sozialpartnerschaft vor dem Aus? ..... 39

Otto König/Richard Detje: Mafiöse Strukturen und Ausbeutung  
in der Paketbranche eindämmen ..... 46

## Kritik & Klärung

Kai Mosebach: Kommerzialisierung wider Willen. Klarstellungen zum »großen Fremdeln« der Ökonomisierungskritiker\*innen im Gesundheitswesen ..... 49

Stephan Krüger: Wie entsteht globale Ungleichverteilung? Karl Georg Zinns  
»arbeitswerttheoretische« Fundierung der »imperialen Lebensweise« ..... 56

Fritz Fiehler: Konjunkturgeschichte & Krise. Zur Edition der Krisenhefte und Briefe von Marx und Engels über die erste Weltwirtschaftskrise von 1857 ..... 60

## Nachruf

Johanna Klages (1935-2019) ..... 63

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum ..... 59

Veranstaltungen & Tipps ..... 68

Max Lill: Knock down the house (Filmkritik) ..... 69

# Der Kampf ums Wohnen – Berlin als Labor für städtische Demokratie

Interview mit Katrin Lompscher



Foto: Rico Prauss

*Katrin Lompscher (Die Linke), zunächst Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung in Berlin-Lichtenberg, seit Dezember 2016 amtierende Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, mit fachgerechter Ausbildung als Baufacharbeiterin und anschließendem Studium zur Diplomingenieurin für Städtebau, steht vor großen Herausforderungen. Nicht nur in Berlin ist Wohnen zu einem vorrangigen sozialen Problem geworden. Mit seinem im Vergleich zu anderen Ländern besonders hohen Anteil an Mieter\*innen (in Berlin 85%) hat Deutschland sich zu einem Eldorado für Immobilienspekulation entwickelt. Neoliberale Politik betrieb zugleich den Raubbau am gemeinnützigen Wohnungsbestand: 1990 Abschaffung der Gemeinnützigkeit der Genossenschafts- und Werkwohnungen unter Kanzler Kohl sowie deren Freigabe zum Verkauf, wie z.B. die 112.000 Wohnungen der privatisierten Bahn; 2001 Verkauf der 82.000 Wohnungen der Gagfah, der Wohnungsgesellschaft der Bundesanstalt für Angestellte; Privatisierungen kommuna-*

*ler Wohnungsbestände durch etliche Landesregierungen und Kommunen, so auch die damalige rot-rote Berliner Landesregierung mit Finanzsenator Sarrazin; nicht zuletzt eigneten sich nach dem Ende der DDR Kapitalanleger Immobilien aus dem staatlichen Wohnungsbau zu »Schnäppchenpreisen« an. Während es 1987 in der alten Bundesrepublik noch 5,5 Millionen Sozialwohnungen gab und in der DDR Wohnen für alle erschwinglich war, gibt es heute nur noch 1,5 Millionen Sozialwohnungen, von denen jedes Jahr etwa 100.000 ihre Sozialbindung verlieren. Diese Verwüstungen sind Ausgangslage und Lektion für eine Politik, die das soziale Menschenrecht auf Wohnen umsetzen und die Vision einer sozialen Stadt voranbringen möchte. Dennoch Achtung gegenüber dem Unkenruf einer unregierbaren Metropole: Berlin hat ein großes Potenzial an aktiven und widerständigen Bürgerinnen und Bürger, was es zu nutzen gilt.*



**Sozialismus.de:** *Ihr Ziel ist es, Berlin zu einem Modell für eine Stadtentwicklung zu machen, in der »soziale, ökonomische und ökologische Ziele nicht im Widerstreit stehen, sondern sich gegenseitig befördern« (siehe [www.katrin-lompscher.de/willkommen](http://www.katrin-lompscher.de/willkommen)). Das ist die Vision einer ressortübergreifenden Politik, die soziale Fragen, Ökonomie, Verkehr und ökologische Gestaltung in Zusammenhang mit der Wohnpolitik stellt. Ist das eine weit entfernte Utopie oder schon hier und da erfolgreich von der rot-rot-grünen Regierung umgesetzt worden?*

**Katrin Lompscher:** Es ist ein ständiges Ringen. Wir werden bis zur bevorstehenden Halbzeit der Legislaturperiode unsere Entwicklungspläne für Berlin, sei es Wirtschaft, sei es Wohnen, Gestaltung der Zentren, Verkehr und Mobilität, die soziale Infrastruktur bis hin zu den Kleingärten komplett miteinander abgestimmt haben. Vernünftige Lösungen erfordern, all diese raumbezogenen verschiedenen Nutzungsansprüche unter einen Hut zu bringen. In der Stadtplanung ist der integrative Gedanke tief verankert, allerdings innerhalb des administrativen Systems in der Umsetzung schwierig. Ein Fachressort kann keine Hoheit über ein anderes Fachressort gewinnen. Wenn wir also eine übergreifende Gesamtidée für die soziale Metropole Berlin verankern wollen, muss das im gesamten Senat und in der gesamten Koalition verabredet und getragen werden. Das gelingt in verschiedenen Feldern ganz gut. Ein weiterer Aspekt: Wenn man wirklich alles zusammen denken und planen will, muss man sich auf allen administrativen Ebenen entsprechend gut aufstellen. Es gibt aber aufgrund des jahrelangen Spardrucks in den allermeisten Bezirken keine oder nur unzureichende Kompetenz in der jeweiligen Fachplanung, wie bei der Verkehrs- oder Sportentwicklungsplanung, der Bibliotheksplanung, der Kinder- und Jugendplanung usw. So etwas braucht man aber, um entsprechende räumliche Ansprüche anmelden zu können, die dann wiederum vom Fachamt für Stadtentwicklung einbezogen werden. Doch das Verständnis wächst. Mit den zuständigen Bau- und Stadtentwicklungstadträten bin ich in sehr engem Austausch.

## Berlin ist anders – Stadt vieler Zentren

*Berlin unterscheidet sich von anderen Metropolen, in denen die Erneuerung auf das Zentrum konzentriert ist. Welche Konsequenzen hat das?*

Berlin ist eine Stadt mit vielen Zentren. Wir haben zwölf Bezirke, 23 ehemalige Bezirke und über 90 Ortsteile. Allein in unserem Stadtentwicklungsplan sind über 80 Zentren vermerkt. Berlin hat aber auch gesamtstädtisch bedeutsame Orte, wie den Fernsehturm, das Brandenburger Tor, den Zoo oder das Olympiagelände. Diese Orte im Einklang mit der Stadtgesellschaft weiterzuentwickeln, ist eine zentrale Aufgabe des Senats.

Wir müssen die Stadt insgesamt als lebenswerten Ort erhalten. Insofern ist die Wohnraumversorgung zentraler Bestandteil einer sozialen Stadtentwicklung. Eine soziale Stadt zeichnet sich dadurch aus, dass sich Menschen unabhängig von Sozialstatus, Einkommensverhältnissen, Alter und Herkunft auch künftig das Wohnen und Leben hier leisten können. Hier hat sich in den vergangenen Jahren viel verändert. Noch Mitte der 2000er Jahre hatten wir in Berlin eine entspannte Mietkostensituation, aller-

dings aber auch unterdurchschnittliche Einkommensverhältnisse. Während die Mieten in den vergangenen Jahren rasant gestiegen sind, haben sich die Einkommen bei Weitem nicht so dynamisch entwickelt. So wird die Lücke immer größer. Neben der Schaffung von zusätzlichem, bezahlbarem Wohnraum ist deshalb der Schutz von bestehendem preiswertem Wohnraum so wichtig. Neben der Aufstockung der Wohnraumförderung haben wir deshalb auch die Ausweisung von Milieuschutzgebieten<sup>1</sup> enorm vorangetrieben. Es gibt mittlerweile 57 sogenannte soziale Erhaltungsgebiete, das sind mehr als doppelt so viel wie beim Beginn dieser Legislatur. Über 870.000 Menschen in 460.000 Wohnungen sind so besser vor Verdrängung geschützt. In Milieuschutzgebieten können wir auch das bezirkliche Vorkaufsrecht anwenden bzw. Abwendungsvereinbarungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter schließen. So konnten insgesamt schon über 4.100 Wohnungen gesichert werden.

## Wohnen als soziales Menschenrecht

*In Berlin ist Wohnen als Soziales Menschenrecht auch in der Berliner Verfassung verankert.<sup>2</sup> Ist das ein ausreichend eindeutiger Auftrag für starke öffentliche Eingriffe? Was tut der Senat, um die sozialen Menschenrechte gegen private Interessen durchzusetzen?*

Ich bin sehr froh, dass wir diesen Artikel in der Berliner Verfassung haben. Er eröffnet uns beispielsweise die landesrechtliche Möglichkeit, um Mieten zu begrenzen. Bisher galt immer die Auffassung, das geht nur über den Bund und das BGB. Jetzt gibt es eine neue, erfreuliche Sichtweise, nämlich die, dass wir durch die Föderalismusreform 2006 die dafür erforderliche landesrechtliche Kompetenz haben.

## Verschärfter Wohnungsmangel

*Berlin ist eine wachsende Stadt und daher verschärft sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Laut Koalitionsvertrag sollten in der Legislaturperiode 2016 bis 2021 30.000 zusätzliche kommunale Wohnungen gebaut werden. Inzwischen wird von 25.000 gesprochen. Dafür sind Sie kritisiert worden. Wieso ist das eigentlich so schwer zu schaffen, mit den 30.000 Wohnungen. Wie ist der gegenwärtige Stand?*

Die Zielzahl von 30.000 Wohnungen gilt für die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, es bauen aber auch zahlreiche weitere Akteure. Allein im Jahr 2017 wurden über 16.000 neue Wohnungen fertiggestellt. Die sechs Landeseigenen haben inzwischen über 300 Projekte mit über 46.000 Wohnungen in der Pipeline. Ja, es gibt Verzögerungen. Das liegt zum ei-

*Katrin Lompscher, DIE LINKE, ist Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin. Für Sozialismus.de sprachen mit ihr Stephanie Odenwald (sie war im GEW-Hauptvorstand zuständig für Berufliche Bildung und Weiterbildung) und Klaus Kohlmeyer, Geschäftsführer des Vereins BQN (Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Berlin).*

<sup>1</sup> Milieuschutzgebiete sind Gebiete, für die eine Satzung zur Erhaltung der sozialen Zusammensetzung der Gebietsbevölkerung gilt und der Anstieg des Mietniveaus in besonders gefährdeten Stadtteilen gebremst werden kann.

<sup>2</sup> In Artikel 28 der Berliner Landesverfassung heißt es: »Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, sowie die Bildung von Wohnungseigentum.«



6.4.2019, Demo gegen explodierende Mietpreise, Berlin, Alexanderplatz (dpa)

nen am Abstimmungsbedarf auf der lokalen Ebene oder daran, dass vorab die Zeiträume für notwendige Plan- und Genehmigungsverfahren schlicht zu optimistisch angesetzt wurden. Auch die begrenzten Kapazitäten in der Bauwirtschaft bremsen. Die entscheidende Botschaft ist aber: Die landeseigenen Wohnungen werden, im Gegensatz zu manch privatem Projekt, tatsächlich gebaut. Mit unseren Planungen stellen wir sicher, dass der kommunale Neubau auch nach 2021 in dieser Dimension weitergeht und wir langfristig ein starkes kommunales Segment in der Wohnraumversorgung Berlins haben.

### **Abwärtstrend beim kommunalen Wohnungsbestand**

*Bevor die 65.000 kommunalen Wohnungen der GSW<sup>3</sup> von der damaligen rot-roten Berliner Regierung verkauft wurden, gab es fast einen 20-prozentigen Anteil an öffentlichem Wohnungsbau. 2016 nur noch 14,5%. Jetzt wahrscheinlich noch weniger, weil fortwährend Sozialbindung weggefallen ist.*

Der Rückgang des kommunalen Wohnungsbestandes in Berlin und überall in Deutschland – insbesondere in Ostdeutschland – hat unterschiedliche Ursachen. Wir sind hier in Berlin 1990 mit rund 500.000 kommunalen Wohnungen gestartet. Das Altschuldenhilfe-Gesetz<sup>4</sup> hat eine Privatisierungsverpflichtung für alle ostdeutschen Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften mit sich gebracht. Dann gab es diverse Privatisierungsbeschlüsse des CDU/SPD-Senats. U.a. wurde die Gehag verkauft, das war 1998, eine städtische Wohnungsbaugesellschaft, die jetzt übrigens zu Deutsches Wohnen gehört. Die GSW wurde

aufgrund der Haushaltsnotlage 2004 verkauft. In dem Zeitraum bis 2006 sind noch einzelne Bestände zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Wohnungsunternehmen veräußert worden.

Bis zum Regierungsantritt von Rot-Rot gab es diverse Privatisierungswellen, die schätzungsweise zwei Drittel des Verlustes des kommunalen Wohnungsbestandes direkt verursacht haben. Heute ist allen klar, dass das ein schwerer wohnungspolitischer Fehler war. Mit dieser Hypothek müssen wir heute alle umgehen. Politisch muss das für DIE LINKE kein Nachteil sein, weil wir uns sehr ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen. Wir müssen nicht nur dafür sorgen, dass so etwas nie wieder passiert, wir müssen auch deutlich machen, mit welchen wohnungspolitischen Strategien wir die Lücke, die seinerzeit entstanden ist, jetzt peu à peu schließen. Dazu kommt: Der Soziale Wohnungsbau in West-Berlin war anders als in anderen Bundesländern überwiegend in privater Trägerschaft, im Wesentlichen ein Instrument der Wirtschaftsförderung für die abgehängte Insel.

Die Sozialwohnungen bei den städtischen Gesellschaften verlieren natürlich auch schrittweise ihre Bindungen, weil die Vertragskonstruktionen das schlicht so vorsehen. Hier werden die nachteiligen Folgen jedoch durch Neubau und die Vermietungsstrategien kompensiert, die wir durch die Kooperationsvereinbarung implementiert haben.

### **»Deutsche Wohnen & Co. enteignen«**

*Hinter den Mietsteigerungen in Berlin steht unter anderem ein börsennotierter Immobilienkonzern wie Deutsche Wohnen, der größte Privatvermieter in Berlin mit ca. 110.000 Wohnungen.*

Das nun gestartete Berliner Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen« hat das Ziel, diese in Gemeineigentum zu überführen, wofür ein Enteignungsgesetz geschaffen werden soll, das eine Entschädigung vorsieht, die sich aber nicht am Verkehrswert orientieren muss. Rechtliche Rahmenbedingung ist der Artikel 15 des Grundgesetzes, nach dem die Überführung in Gemeineigentum möglich ist. Eine Aktion, die in Berlin einen sehr heftigen Meinungsstreit verursacht, geht es doch um eine grundlegende Frage kapitalistischer Verfügungsgewalt über Grund und Boden. Wie stehen Sie dazu?

In der wohnungspolitischen Debatte ist das Volksbegehren ein Paukenschlag. Es zeigt, wie dringend die Wohnungsfrage beantwortet werden muss und zugleich, dass die bisherigen Antworten unzureichend waren. Man muss sich immer vor Augen führen: Die allermeisten Vermieter, die in einer Weise agieren, die soziale Ängste bei Betroffenen schüren, handeln auf der Grundlage geltender Gesetze. Die Mieterhöhungen im Bestand, die hohen Neuvertragsmieten, die immensen Modernisierungsumlagen, das alles ist legal. Deshalb muss man sich mit diesem Volksbegehren auf mehreren Ebenen auseinandersetzen. Was ist an dem derzeitigen Regulierungskreislauf nachzubessern? Die Erfahrung der Aktivistinnen und Aktivisten ist ja, dass auf Bundesebene wenig Bereitschaft besteht, die Regulierung des Wohnungsmarkts sinnvoll voranzutreiben. Insofern verstehe ich das Volksbegehren als Hilferuf, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums auf anderem Weg wirkungsvoll zu sichern. Ist das durch Regelung und Förderung etc. nicht

gewährleistet, wird sozusagen in Notwehr zu einem anderen Inhalt des Grundgesetzes gegriffen, nämlich zur Möglichkeit, Bodenschätze, Produktionsmittel und Immobilien oder Boden zu vergesellschaften.

Der Paukenschlag des Volksbegehrens macht sich auf der Demonstration am 6. April bemerkbar, der Beginn der Unterschriftensammlung von mindestens 20.000 im ersten Schritt. Damit wird ein längerer Prozess eingeleitet. Wenn das Volksbegehren Erfolg hat, wird der Senat den Auftrag haben, mit der Überführung in Gemeineigentum, verbunden mit einer Entschädigung, Ernst zu machen.

Ich bin überzeugte Anhängerin der direkten Demokratie. Deshalb halte ich mich als Senatorin, die ja Adressatin des Volksbegehrens ist, sehr zurück, mich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Ich bin sehr gespannt, wie viel Zuspruch es geben wird. Die Diskussionen im Vorfeld haben schon eine große Offenheit für solche Ansätze gezeigt. Das kann ich sehr gut nachvollziehen.

Das Land Berlin ist mit mehreren Initiativen im Bundesrat aktiv. Wir wollten zum Beispiel den Kündigungsschutz verbessern. Wir wollten in der Mietrechtsnovelle eine wirkungsvolle Mietpreisbremse verankern und nicht das »Bremschen«, das

<sup>3</sup> Die GSW war die größte Westberliner Wohnungsbaugesellschaft, ein Gigant mit zeitweise 70.000 Wohnungen und 1.000 Beschäftigten, die 2004 verkaufte wurde.

<sup>4</sup> Mit dem Altschuldenhilfe-Gesetz aus dem Jahr 1993 verpflichteten sich kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, ihre sogenannten Altschulden anzuerkennen und Teile ihres Bestandes zu verkaufen.

## VSA: Solidarisch Leben & Wohnen

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



Erik O. Wright  
**Was es bedeutet, demokratischer Sozialist zu sein**  
Für einen zeitgemäßen linken Antikapitalismus  
128 Seiten | € 12,80  
ISBN 978-3-96488-006-2  
Das Vermächtnis von Erik O. Wright († 2019) lautet: Es gibt Strategien, im Kapitalismus vorhandene Möglichkeiten zu nutzen, um diesen erfolgreich zu überwinden.



Dieter Klein  
**Zukunft oder Ende des Kapitalismus?**  
Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten  
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
320 Seiten | € 19,80  
ISBN 978-3-89965-888-0  
Mit einer Analyse prominenter Autoren zeichnet der Autor das Panorama der gegenwärtigen Diskurswelt nach.



Dagmar Paternoga/Werner Rätz/Dominik Piétron  
**Eine andere Digitalisierung ist möglich**  
Chancen und Risiken einer vernetzten Gesellschaft  
AttacBasisTexte 56  
96 Seiten | € 7,00  
ISBN 978-3-96488-008-6  
Die Autor\*innen zeigen, warum es sich lohnt, für eine solidarische und nachhaltige digitale Gesellschaft zu kämpfen.



Heinz J. Bontrup  
**Wohnst du noch ...?**  
Immobilienwirtschaft und Mieten kritisch betrachtet  
152 Seiten | € 13,80  
ISBN 978-3-89965-841-5  
Die Mieten steigen ins kaum mehr Bezahlbare, die Immobilienmärkte sind angespannt. Was sind die Ursachen und wie könnte die Wohnungspolitik die Probleme lösen?



Thomas Eberhardt-Köster/Wolfgang Pohl/Mike Nagler u.a.  
**Wohnen ist ein Menschenrecht**  
Fortschrittliche Wohnungspolitik und was Kommunen dazu beitragen könnten  
AttacBasisTexte 52  
96 Seiten | € 7,00  
ISBN 978-3-89965-820-0  
Wie kann eine fortschrittliche Wohnungspolitik aussehen, die jeder/m das Recht auf Wohnen gewährt?

Im Buchhandel oder direkt bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)



beschlossen wurde. Wir haben uns also für viel weitergehende Regelungen eingesetzt, allerdings jedes Mal eine krachende Niederlage eingefahren.

Mit der zweiten Mietpreisbremse wurden die Modernisierungsumlagen von 11 auf 8% gesenkt und ein Straftatbestand gegen das Herausmodernisieren geschaffen. Das sind Fortschritte, aber sehr zaghafte. Wir brauchen eine deutliche Herabsetzung der Mieterhöhungsmöglichkeiten im Bestand und einen unterschiedenen Umgang mit dem Missbrauch der Modernisierung als Mieterhöhungsinstrument.

Das Volksbegehren hat eine Debatte um die Sicherung des sozialen Wohnens angestoßen. Man darf damit aber keine Illusionen wecken: Ein solcher Vorstoß ist weder billig, noch wird er kurzfristig umzusetzen sein.

*Und es gibt das Gegenargument, dass es keine zusätzlichen Wohnungen schafft.*

Das liegt in der Natur der Sache. Das Volksbegehren könnte – wenn es erfolgreich ist – einen Beitrag dazu leisten, bezahlbaren Bestand bezahlbar zu halten. Wir brauchen in der Politik viele Instrumente. Berlin hat einen Bestand von über zwei Millionen Wohnungen, 20.000 Neubauwohnungen im Jahr leisten einen Beitrag, können das Problem der Wohnraumversorgung aber nicht alleine lösen – auch wenn das immer wieder gerne kolportiert wird.

## Mieten deckeln

*Wie Sie sagten, sind die gesetzlichen Regelungen, Mietpreise zu beschränken, auf der Bundesebene völlig unzureichend. Berlin hat nun vor, Mietsteigerungen selbst zu deckeln. Ist das ein Schritt, dieses höchst dringliche soziale Problem zu lösen?*

Der Senat hat sich darauf verständigt, dass wir eine landesrechtliche Regelungskompetenz sehen und sie auch nutzen wollen. Meine Verwaltung ist jetzt beauftragt, gemeinsam mit anderen Senatsverwaltungen und externem Sachverstand Eckpunkte für einen Gesetzentwurf bis zum Sommer vorzulegen. Dabei müssen drei Dinge geklärt werden: Das Erste sind die Rechtskonstruktion und kompetenzrechtliche Fragen. Das zweite ist die inhaltliche Ausgestaltung. Soll es ein Mieterhöhungs-Moratorium geben oder wird eine Höchstmiete festgelegt? Und was passiert eigentlich mit den Mieten, die jetzt schon drüber liegen? Zu klären ist auch, was mit der Mieterhöhung nach Modernisierung passieren soll und ob Neubauten und Neuvermietungen einbezogen werden.

Drittens müssen wir ein Verwaltungsverfahren ausgestalten, d.h. es muss auch eine öffentlich-rechtliche Stelle geben, die agiert. Soll diese Stelle von sich aus gegenüber allen Vermietern tätig werden oder auf Verlangen zum Beispiel von Mietern? Ich kann diesen Diskussionen nicht vorgreifen. Ich kann nur sagen, dass ein solcher Mietendeckel auf landesrechtlicher Grundlage in meinen Augen nur dann Sinn macht, wenn er weit über die Regelungen der jetzigen Mietpreisbremse hinausgeht.

## Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

*Gerade bei der Wohnungspolitik ist es sehr wichtig, die Leute zu beteiligen. Können von Ihrer Seite Initiativen unterstützt werden, die sich auf das Menschenrecht auf Wohnen berufen und die Instrumente des Artikels 28 der Verfassung von Berlin und Art 11 UN-Sozialpakt<sup>5</sup> nutzen wollen. Also: Inwieweit kann sich Ihre Politik auf Aktivierung in der Bevölkerung stützen?*

Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Die Politik bekommt ihre Impulse aus der Bürgerschaft. Wenn es großen öffentlichen Druck gibt für bestimmte politische Ziele, ist die Durchsetzungskraft für diese Ziele im politischen Raum größer. Das hat in Berlin eine lange Tradition. Ja, wir brauchen diesen Druck aus der Stadtgesellschaft und vonseiten der Initiativen. Mindestens seit der Hausbesetzerbewegung in West-Berlin ist klar, dass Beteiligung zur Stadtentwicklung dazugehört.

Das Interesse an Bürgerbeteiligung wächst in dem Maße, in dem sich das städtische Umfeld verändert. Dabei ist es egal, ob die Stadt es aktiv selber vorantreibt oder ob die Veränderung durch andere Akteure vorangetrieben wird. Vor diesem Hintergrund haben wir mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften eine neue Kooperationsvereinbarung ausgehandelt, in denen nicht nur Vermietungsregelungen festgehalten sind, sondern wir haben ihnen auch Bürgerbeteiligungsaufgaben über das gesetzliche Maß hinaus auferlegt. Die Beteiligung muss frühzeitig stattfinden, es muss in unterschiedlichen Varianten geplant und der Mehrwert eines Vorhabens für das Quartier deutlich gemacht werden. Außerdem braucht es projektbegleitende Ansprechpartner bzw. Gremien.

Bezirksämter sind nach meiner Beobachtung unterschiedlich aktiv bei der Förderung der Bürgerbeteiligung. Wird diese gesetzlich oder lokal gefordert, kann man sie sowieso nicht zurückweisen. Interessant wird die Frage, wie implementiere ich Partizipation da, wo sie sich nicht von selber aufdrängt. Wir erarbeiten derzeit Leitlinien für die Bürgerbeteiligung bei Projekten der räumlichen Stadtentwicklung. Diese werden im Sommer fertiggestellt, erreichen dann Senat und Abgeordnetenhaus.

*Ist Berlin ein Vorbild an Bürgerbeteiligung?*

Berlin ist ein Labor für städtische Demokratie, keine Frage. Aber wir sollten vorsichtig sein, uns immer gleich am besten und am größten zu finden.

*Gibt es bundesweit in der Linkspartei Diskussionen über Ihre Stadtentwicklungspolitik?*

Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass sich die Bundesebene verstärkt mit dem Berliner Umgang mit der Wohnungs- und Bodenfrage auseinandersetzt. Sie ist ein zentrales Feld für die Sondierung von rot-rot-grünen Projekten über Länderebenen hinaus. Ich habe den Eindruck, dass auch in anderen Parteien die Erkenntnis wächst, dass man den Umgang mit der Wohnungsfrage gesellschaftspolitisch stark verändern muss. Sonst kommt man nicht voran.

<sup>5</sup> In Art. 11 des UN-Sozialpakts wird das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie anerkannt, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)